

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

MAG. WOLFGANG SOBOTKA
HERRENGASSE 7
1010 WIEN
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
ministerbuero@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0227-II/2/a/2017

Wien, am 26. April 2017

Der Abgeordnete zum Nationalrat Hermann Brückl und weitere Abgeordnete haben am 3. März 2017 unter der Zahl 12251/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Brennpunkt Linzer Hauptbahnhof“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Unter „Vorfälle, bei denen die Polizei einschreiten musste“ wird im Sinne dieser Anfrage polizeiliches Einschreiten aus strafrechtlich oder verwaltungsstrafrechtlich relevanten Gründen verstanden.

Strafrechtliche Delikte und Verwaltungsstraftatbestände bezogen auf den kleinräumigen Bereich Linzer Hauptbahnhof können aus den vorhandenen Datenbanken nicht statistisch ausgewertet werden. Um eine seriöse Beantwortung zu gewährleisten, müssten sehr zeit- und personalintensive, individuelle Einzelabfragen durchgeführt werden. Von einer entsprechenden Beantwortung wird daher in Anbetracht des dafür erforderlichen hohen Verwaltungsaufwandes und der unvermeidbaren Ressourcenbindung der betroffenen Sicherheitsdienststellen Abstand genommen.

Zu Frage 4:

Im Zeitraum vom 1. Jänner 2015 bis zum 3. März 2017 gab es insgesamt sieben verletzte Exekutivbeamte.

März 2016	Juli 2016	August 2016	Februar 2017
3	2	1	1

Zu Frage 5:

Mangels entsprechender Statistiken müssten zur seriösen Beantwortung der Frage zeit- und personalintensive, individuelle Einzelabfragen durchgeführt werden. Von einer entsprechenden Beantwortung wird daher in Anbetracht des dafür erforderlichen hohen Verwaltungsaufwandes und der unvermeidbaren Ressourcenbindung der betroffenen Sicherheitsdienststellen Abstand genommen.

Zu Frage 6:

Nein.

Zu den Fragen 7 und 8:

Unbeschadet der bestehenden Kräfte der Polizeiinspektion Sonderdienste des Stadtpolizeikommando Linz und der temporär kommandierten Kräfte der Einsatzeinheit Oberösterreich, die bereits gegenwärtig für Unterstützungsleistungen im Stadtgebiet von Linz - speziell im Bahnhofsbereich, aber auch darüber hinaus - zur Verfügung stehen, ist ein weiterer Ausbau der mobilen Unterstützungskomponenten im Sinne einer bestmöglichen Abdeckung der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorgesehen. Diese Kräfte sollen zur Unterstützung der örtlich zuständigen Kräfte bei Spontanlagen bzw. bei entsprechend gefahrgeneigten Amtshandlungen sowie für überörtliche Streifen- und Überwachungstätigkeiten im gesamten Bundesland Oberösterreich zum Einsatz kommen. Auf Basis entsprechender Rahmenvorgaben, unter Berücksichtigung infrastruktureller und personeller Ressourcen, ist diesbezüglich die Einrichtung dieser neuen Organisationseinheit derzeit in Vorbereitung, wobei eine zeitnahe organisatorische Umsetzung angestrebt wird.

Zu Frage 9:

Damit sind Orte gemeint, an denen, basierend auf kriminal- oder sicherheitspolizeilichen Erkenntnissen oder Analysen, eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass es dort zu Straftaten oder sicherheitspolizeiliche Gefahren kommen könnte.

Zu den Fragen 10 bis 12:

Mit Ende 2012 wurde in Kooperation mit den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) und anderen lokalen Akteuren bundesweit auf größeren Bahnhöfen jeweils eine lokale Arbeitsgruppe (AG) „Sicherer Bahnhof“ ins Leben gerufen, so auch in Linz.

Die Arbeitsgruppen „Sicherer Bahnhof“ treten periodisch und wenn notwendig anlassbezogen zusammen. Dabei werden aktuelle Belange und die Vorbereitung von präventiven und repressiven Maßnahmen erörtert. Solche Arbeitsgruppen sind aktuell in zehn größeren Bahnhöfen bzw. Verkehrsknotenpunkten eingerichtet und führten bereits zu zahlreichen Verbesserungen der Sicherheitssituation.

Aufbauend auf Erfahrungen von bestehenden Kooperationsformen zwischen den Sicherheitsbehörden, der Exekutive, den ÖBB, den Kommunen und anderen Betroffenen wurde und wird das Konzept der Arbeitsgruppen „Sicherer Bahnhof“ von Bundespolizei und ÖBB (und weiteren Betroffenen) im Sinne einer höchstmöglichen Effektivität zur Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung und der Reisenden zur Umsetzung gebracht.

Mag. Wolfgang Sobotka

